Foto: PJT56 / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0

Wahlprüfsteine des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg zur Wahl des 18. Landtages von Baden-Württemberg

Am 8. März 2026 wird der 18. Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Dann entscheidet sich, wer künftig in „The Länd" Regierungsverantwortung trägt und wer die politischen Rahmenbedingungen für unsere Feuerwehren bestimmen wird.

Rund 122.000 Frauen und Männer sind in den Einsatzabteilungen der Feuerwehren in Baden-Württemberg ein wichtiger Garant für die Sicherheit. Die 1.097 Gemeindefeuerwehren sowie 158 Werkfeuerwehren in unserem Land kümmern sich nicht nur um Schutz und Hilfe. Sie sind auch ein wichtiger Teil der baden-württembergischen Bürgergesellschaft. Nahezu 40.000 Kinder und Jugendliche werden in den Jugendfeuerwehren hervorragend betreut. Auch die über 31.000 Angehörigen der Alters- und Seniorenabteilungen bringen sich tagtäglich aufs Neue in den Städten und Gemeinden aktiv ein. Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg vertritt die Interessen aller 200.000 Feuerwehrangehörigen und aller Feuerwehren in unserem Land.

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg hat für die Landtagswahl am 8. März 2026 Wahlprüfsteine definiert auf Basis unserer strategischen Projekte, die wir um die seitens der Kreis-

Foto: pixabay / Leopictures

und Stadtfeuerwehrverbände genannten Themengebiete und Fragestellungen ergänzt haben. Die Wahlprüfsteine gingen an die im Landtag vertretenen Parteien von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und AfD. Im Folgenden sind unsere Fragen und die Antworten der Parteien abgedruckt – jeweils in der Reihenfolge des Wahlergebnisses 2021.

Mit diesen Wahlprüfsteinen haben die wahlberechtigten Feuerwehrangehörigen eine Grundlage für ihre Entscheidung bei der Wahl am 8. März 2026 – soweit sie das Feuerwehrwesen in Baden-Württemberg betreffen. Auch bei der Regierungsbildung und der Arbeit des Landtages in den kommenden fünf Jahren wird der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg auf die Antworten der Parteien hinweisen und immer wieder darauf zurückkommen.

1 Ehrenamt in der Feuerwehr fördern

In Baden-Württemberg „retten, löschen, bergen, schützen“ Feuerwehrangehörige, die zu 97 % rein ehrenamtlich engagiert sind und die diese kommunale Pflichtaufgabe quasi in ihrer Freizeit und neben ihrem eigentlichen Beruf übernehmen. Dadurch haben wir äußerst leistungsfähige Feuerwehren zu äußerst kostengünstigen Konditionen. Die Leistungsfähigkeit und das ehrenamtliche Engagement müssen wir erhalten – und die gut funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen auch für die nächsten Generationen sichern. „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“, deshalb wirbt der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg bereits seit 2015 mit dem Strategiepapier „FREIWILLIG.stark!“, wie eine Incentivierung dieser Ehrenamtlichen konkret erfolgen kann.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Wie beabsichtigen Sie, die unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehren durch das Land konkret zu fördern bzw. zu unterstützen?
- Das Feuerwehrhotel Sankt Florian ist seit 70 Jahren DER Erholungs- und Tagungsort für die rund 200.000 baden-württembergischen Feuerwehrangehörigen. Das Land stellt jährlich ein gewisses Kontingent an Freiaufenthalten für Feuerwehrangehörige bereit, um langjähriges bzw. besonders herausragendes Engagement in den Feuerwehren incentivieren zu können. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um das Freiplatzkontingent im Rahmen der Feuerwehr-Erholungsfürsorge schrittweise zu erhöhen?
- Eine sehr gute Ehrenamtsförderung ist aus Sicht des Landesfeuerwehrverbandes außerdem die Ehrenamtskarte. Wie planen Sie, dieses lobenswerte Projekt des Landes kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern, damit schon bald alle ehrenamtlich Engagierten davon profitieren können?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Baden-Württemberg ist Ehrenamts-Land. Das Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist dabei ein ganz besonderes: Es ist oftmals wenig planbar und es beansprucht nicht nur die Aktiven, sondern auch Familie, Freunde und Arbeitskolleg:innen, wenn Einsätze von einer Sekunde auf die andere starten. Das verdient unsere Dankbarkeit und den größten Respekt. Zu Recht haben Feuerwehrangehörige darum einen garantierten Anspruch auf die Ehrenamtskarte, die wir schrittweise im ganzen Land einführen.

Für uns GRÜNE ist es wichtig, dass gerade dieses anspruchsvolle Ehrenamt auch gut mit der Familie in Einklang gebracht werden kann. Wenn Mütter oder Väter regelmäßig mit der Feuerwehr ausrücken, können die Aufenthalte im Hotel Sankt Florian ein Baustein sein, Zeit mit der Familie aufzuholen. Daher wollen wir an dieser einmaligen Einrichtung festhalten.

Das Thema Ehrenamt und Engagement möchten wir in der kommenden Legislatur mit einer Enquete-Kommission „Ziviles Engagement und Ehrenamt“ ausführlich beleuchten. Sie soll unter breiter Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen Lösungen dafür entwickeln, wie wir das Ehrenamt noch besser in Einklang mit einem fordernden Berufs- und Familienleben bringen können. Wir setzen darauf, dass sich auch der Landesfeuerwehrverband mit seiner Expertise einbringen wird.

CDU

Als CDU-Landtagsfraktion wissen wir um den großen Wert unserer vor allem ehrenamtlich getragenen Feuerwehren. Die Ehrenamtlichen unserer Feuerwehren leisten unter Einsatz von Leib und Leben jeden Tag Großartiges für unsere Gesellschaft und unser aller Leben und Gesundheit. Deshalb ist es uns wichtig, dass unsere Feuerwehren Unterstützung bei ihrer Arbeit für das Gemeinwohl erfahren. Unsere Gemeinden haben die Aufgabe, leistungsfähige Feuerwehren aufzustellen und sie erfüllen diese Aufgabe in Baden-Württemberg auf ganz hervorragende Weise: An über 3.000 Feuerwehrstandorten stehen über 115.000 Feuerwehrangehörige Tag und Nacht bereit, um bei Bränden, Unfällen und sonstigen Notlagen schnell helfen zu können. Diese Feuerwehrdichte, diese hochwertige Ausstattung und diese gut geschulten Feuerwehrangehörigen sind europaweit einmalig. Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, dass das Land die Gemeinden bei dieser wichtigen Aufgabe auch weiterhin umfassend unterstützt: Dies mit der Landesfeuerwehrschule, wo die Einsatzkräfte auf Kosten des Landes aus- und fortgebildet werden; außerdem mit Landesförderungen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, Feuerwehrausstattungen und dem Neubau von Feuerwehrhäusern; zudem durch Einsatzkonzepte des Landes für die Gemeinden und Absicherung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen beispielsweise zusätzlich bei Unfällen im Feuerwehrdienst. Um diese Unterstützung weiter zu gewähr-

leisten, wollen wir die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer für das Feuerwehrwesen beibehalten.

Das Land unterstützt im Rahmen der Erholungsfürsorge für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige jedes Jahr über 1.000 Wochenaufenthalte im Feuerwehrhotel Sankt Florian in Hinterzarten am Titisee. Das Feuerwehrhotel Sankt Florian dient der Erholung der Mitglieder in Feuerwehren aus Baden-Württemberg und ihrer Angehörigen. Wir würden gern mit dem Landesfeuerwehrverband in den Austausch treten, wie die Gesamtkonzeption für ein zukunftsstarkes Feuerwehrhotel aussieht. Klar ist: Wir halten die Erholungsfürsorge für ein wichtiges Element der Unterstützung unserer Ehrenamtlichen, denn der Feuerwehrdienst ist oftmals schwierig und mit gesundheitlichen Gefahren verbunden.

Die Ehrenamtskarte ist eine gute Sache, die wir weiterentwickeln und vor allem unbürokratischer machen wollen. Dabei wollen wir uns mit den Verbänden und Kommunen abstimmen. ■

Freie Demokraten
Landesverband Baden-Württemberg FDP

Feuerwehrler ist man aus Überzeugung! Der Part der Politik ist es, dies möglichst einfach zu machen. Und da ist neben den aufgabenbezogenen Unterstützungen wie Förderungen aller Art auch die Anerkennung in zeitlicher und monetärer Art zu nennen. Hier sei beispielhaft die Etablierung einer „Feuerwehrrente“ genannt, die durch die Teilnahme an Fortbildungen oder Einsätzen erworben und bei Erreichen der Altersgrenze in Anspruch genommen werden kann. Darüber hinaus haben wir aktuellere Regelungen beim Thema Freistellung beim Arbeitgeber im Blick.

Die Qualifizierung für solche Freiaufenthalte hängen an gewissen Kriterien, deren Veränderung eine Ausweitung bedeuten könnte. Wir treten hier gerne in eine Diskussion darüber ein.

Die Ehrenamtskarte ist ein Beispiel für den Spruch, dass „gut gemeint“ nicht auch „gut gemacht“ bedeuten muss. Wir stehen zum Gedanken der Karte, brauchen aber weniger Bürokratie und mehr Nutzen. Eine ständige Evaluation der Karte wäre sinnvoll, um zu sehen, wie man die Nutzbarkeit verbessern kann. Wichtig wäre etwa, private Anbieter besser einzubeziehen, um den Mehrwert der Karte zu erhöhen. ■

SPD
BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir von der SPD sind der Überzeugung, dass die ehrenamtliche Arbeit in den Feuerwehren unverzichtbar ist für das Funktionieren unseres Gemeinwesens sowie für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, und kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das ehrenamtliche Engagement bei der Feuerwehr trägt wesentlich dazu bei, dass die Gemeinden ihren gesetzlichen Aufgaben zur Unterhaltung einer Feuerwehr als Gemeindeeinrichtung nachkommen können. Damit stellt das Engagement der ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren in Baden-Württemberg eine zentrale Säule unseres öffentlichen Sicherheitssystems dar.

Daher strebt die SPD an, dass dieses Ehrenamt auch die entsprechende Wertschätzung erhält. Dazu gehört die Unterstützung der hervorragenden Arbeit, die im Feuerwehrhotel Sankt Florian gemacht wird.

Bei der Ehrenamtskarte ist für uns als sozialdemokratische Partei nicht nachvollziehbar, warum sie in Baden-Württemberg bisher nur in vier Kreisen angeboten wird, daher fordern wir, dass dies als ein flächendeckendes Angebot in jeder Hinsicht angebracht ist. ■

AfD BW

Für uns ist klar, dass die Feuerwehren eine gute und moderne Ausrüstung für ihre lobenswerte ehrenamtliche Arbeit benötigen. Die Preise z.B. für Löschfahrzeuge sind in den letzten Jahren stark angestiegen, die Kassen der Kommunen hingegen sind immer leerer. Dies darf sich nicht auf die Feuerwehren auswirken. Deshalb unterstützen wir eine künftig höhere Förderung vom Land für Ersatz- bzw. Neubeschaffungen der Fahrzeuge und Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren.

Das Feuerwehrhotel Sankt Florian mit seinen Freiaufenthalten ist eine tolle Anerkennung für besonders herausragendes Engagement und dies sollte auch weiterhin so gehandhabt werden. Es spricht nichts dagegen, dieses Freiplatzkontingent schrittweise zu erhöhen, wenn die Kapazitäten vorhanden sind. Eventuell könnte man auch prüfen, ob eine Erweiterung des Hotels möglich und sinnvoll wäre.

Die Ehrenamtskarte ist generell eine sehr gute Sache, jedoch leider schlecht umgesetzt. In dieser Form, wie man sie eingeführt hat, bedeutet sie einen großen bürokratischen Aufwand für jeden einzelnen Stadt- oder Landkreis. Das Land hat wieder etwas eingeführt, was dann die Kommunen umsetzen müssen, ohne für deren zusätzlichen Personalaufwand aufzukommen. Besser wäre daher eine Karte, die landesweit gültig ist und zentral verwaltet wird. Noch besser wäre eine bundesweite Ehrenamtskarte mit Vergünstigungen. ■

2 Personalgewinnung und Personalerhalt

In Baden-Württemberg engagieren sich von den derzeit rund 122.000 Feuerwehrangehörigen in den Einsatzabteilungen 97 Prozent rein ehrenamtlich. Hinzu kommen rund 40.000 Kinder und Jugendliche in der Jugendfeuerwehr sowie rund 31.000 Damen und Herren in den Alters- und Ehrenabteilungen. Essenziell wichtig für die Zukunft des vorwiegend ehrenamtlich getragenen Feuerwehrwesens sind stabile Personalzahlen – was angesichts des demografischen und gesellschaftlichen Wandels eine enorme Herausforderung darstellt. Deshalb ist ein kontinuierliches Werben für ein ehrenamtliches und hauptamtliches Engagement in den Feuerwehren elementar, wofür beispielsweise der Freistaat Bayern seit Jahren ein erhebliches Budget für eine landesweite Werbekampagne zur Verfügung stellt.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Inwiefern können Sie sich vorstellen, aus Landesmitteln ein Budget bereitzustellen, aus dem – begleitet durch den Landesfeuerwehrverband – eine landesweite Feuerwehr-Nachwuchs- und Personalgewinnungskampagne finanziert werden kann?
- In den Feuerwehren sind gegenüber der Gesamtbevölkerung derzeit besonders Frauen sowie Menschen aus anderen Herkunftsländern deutlich unterrepräsentiert. Der Landesfeuerwehrverband könnte gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden eine Imagekampagne entwickeln und starten, um in den kommenden Jahren die Potentiale in diesen Zielgruppen zu heben – und gleichzeitig die Integration der Menschen aus anderen Herkunftsländern in den Kommunen zu erleichtern. In welcher Form würden Sie ein solches Vorhaben unterstützen?
- Bevor die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt worden ist, konnten sich junge Männer für zehn bzw. sechs Jahre für den Dienst im Katastrophenschutz bei einer Feuerwehr verpflichten. Wie stehen Sie zu dieser Option, um Personal für die Feuerwehren bzw. den Katastrophenschutz generieren zu können?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Grün-geführte Landesregierung fördert die Feuerwehren in diesem Jahr mit einem historischen Höchstbetrag von gut 84 Millionen Euro. Wir stehen voll hinter diesem Engagement. Und die gute Nachricht ist: Die Jugendfeuerwehren wachsen an – und werden dabei auch vielfältiger: Bereits jetzt sind in den Jugendfeuerwehren gut 22 % Mädchen. Zusammenhalt, Ankommen und Integration entsteht vor Ort. Viele Vereine und auch die Freiwilligen Feuerwehren leisten seit vielen Jahren – oft sehr leise – einen entscheidenden Beitrag für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und für die Integration von Menschen, die neu in Deutschland ankommen.

Gleichzeitig bringen Menschen mit unterschiedlichen Biografien neue Perspektiven und Fähigkeiten mit. Das ist ein Gewinn für den Bevölkerungsschutz, indem es das Verständnis für und Vertrauen in die Blaulichtorganisationen stärkt. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir gezielte Kampagnen für das Engagement von Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder Personen mit einem Handicap. Sie sind aber zugleich Auftrag an die Organisationen selbst, diese Menschen offen aufzunehmen und Barrieren abzubauen.

Über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht muss auf Bundesebene entschieden werden. GRÜNE DNA ist aber immer gewesen, neben dem Dienst an der Waffe Alternativen im sozialen oder karitativen Bereich oder auch bei den Bevölkerungsschutzorganisationen anzubieten. So sieht es auch Artikel 12a des Grundgesetzes vor. ■

CDU

Aktuell sind wir bei den Jugendfeuerwehren im Land mit stetig steigenden Mitgliederzahlen sehr stark aufgestellt. Der Nachwuchs muss aber auch weiter sichergestellt sein. Wir wollen deshalb bei Nachwuchskampagnen gezielt unterstützen. Außerdem wollen wir auch den Austausch mit den Schulen intensivieren. Die Blaulichtorganisationen sollen etwa noch stärker im Rahmen schulischer Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung über Berufs-, Ehrenamts- und Einsatzmöglichkeiten in ihrem Bereich informieren können.

Es ist ein guter Ansatz, dass der Landesfeuerwehrverband gezielt auch unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen ansprechen möchte. Auch hier gilt wie oben ausgeführt, dass wir bei Nachwuchskampagnen unterstützen wollen.

Dieses bewährte Konzept könnte aus unserer Sicht auch für die Zukunft wieder in Ergänzung zur Wehrpflicht eine Option sein. Auch im Verteidigungsfall brauchen wir im Rahmen des Zivilschutzes unsere Blaulichtorganisationen und ihre ehrenamtlichen Einsatzkräfte. Vor allem aber halten wir an unserer Forderung nach einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr für alle jungen Menschen fest. Davon profitieren auch die Blaulichtorganisationen. ■

SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Eine landesweite Kampagne zur Nachwuchsgewinnung im Feuerwehr- und Katastrophenschutzbereich kann dazu beitragen, dem demografischen Wandel und der zunehmenden Belastung im Ehrenamt effektiv zu begegnen. Das Ziel, gerade unterrepräsentierte Zielgruppen – wie Frauen und Menschen mit Einwanderungshintergrund – für ein Engagement in den Feuerwehren zu gewinnen, unterstützen wir von der SPD ausdrücklich.

Die Wiedereinführung eines Wehrdienstmodells für den Katastrophenschutz stellt eine komplexe Frage dar, die umfassend geprüft werden muss. Dies betrifft verfassungsrechtliche und praktische Fragestellungen, die im Rahmen von Diskussionen mit allen Beteiligten – dazu gehören für uns insbesondere auch die jungen Menschen, die von diesen Regelungen am stärksten betroffen sein werden – erörtert werden müssen.

Freie Demokraten
Landesverband Baden-Württemberg FDP

Die Nachwuchsfrage im Ehrenamt ist überall komplex – die Demografie trifft uns alle. Dabei haben die Feuerwehren durch die im Moment noch große lokale Verbreitung vergleichsweise gute Voraussetzungen für die Nachwuchsgewinnung. Nach der Erarbeitung einer entsprechenden Konzeption sind wir gerne bereit, über eine Kofinanzierung des Landes zu sprechen.

Die Vereinslandschaft ist ein wichtiger Baustein für eine gelungene Integration – dies erleben wir seit 2015 allerorten. Die Unterrepräsentation von Frauen teilt die FDP mit den Feuerwehren – wir können hier gerne entlang unserer Erfahrungen zusammenarbeiten.

Die Debatte über eine Reaktivierung einer Wehrpflicht oder anderer Pflichtdienste ist im Moment noch sehr unkonkret. Insofern kann noch nicht gesagt werden, ob ein Dienst im Katastrophenschutz bei der Feuerwehr in einem etwaig neuen Konzept zum Tragen kommen kann.

AfD BW

Wenn dies erforderlich ist, sollte man hierfür natürlich Landesmittel bereitstellen. Diese sind dort mit Sicherheit weitaus besser aufgehoben als Werbeaktionen zu „THE LÄND“.

Beim Frauenanteil in den Feuerwehren lässt sich seit mehreren Jahren eine steigende Entwicklung feststellen, es kommen immer mehr Frauen zu den Freiwilligen Feuerwehren. Von daher denken wir, dass hier schon vieles richtig gemacht wird. Auch Integration gelingt durch die Übernahme von Ehrenämtern immer besonders gut, egal ob bei der Feuerwehr, im Sportverein oder im Musikverein. Grundpfeiler ist dabei die Jugendförderung, also u. a. die Jugendfeuerwehren. Wenn eine gute Jugendarbeit gemacht wird, kommen auch Frauen und Menschen aus anderen Herkunftsländern dazu und wechseln meist später in die aktive Wehr. Hier sind wir wieder bei der vorherigen Frage zur Förderung einer Nachwuchskampagne. Eine Kampagne, die sich nur an einzelne Gruppen richtet, halten wir aber nicht für zielführend.

Wir fanden diese Option sehr gut! Die meisten jungen Männer, die sich damals verpflichten ließen, sind noch heute ehrenamtlich bei den Feuerwehren dabei, weil es Spaß macht und sinnstiftend ist und man die Kameradschaft schätzt. Ohne diese Option wären sie vielleicht nie zur Feuerwehr gekommen. Diese Leute fehlen heute zum Teil, nicht nur in den Feuerwehren, sondern auch in vielen anderen Blaulichtorganisationen. Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht würden wir es begrüßen, wenn auch diese Option wieder angeboten und aktiv beworben wird.

3 Jugendarbeit in den Feuerwehren

Rund 97 % der baden-württembergischen Feuerwehrangehörigen sind ehrenamtlich tätig. Ohne dieses Engagement ist eine leistungsstarke Gefahrenabwehr nicht denkbar. Die Feuerwehren unternehmen große Anstrengungen, durch eine Nachwuchssicherung dieses System der ehrenamtlichen Hilfe am Nächsten auf Dauer nachhaltig und leistungsstark zu erhalten. Unsere Jugendfeuerwehren sind DIE Nachwuchsorganisation unserer Einsatzabteilungen. Erfreulicherweise haben unsere Jugendfeuerwehren ansteigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Zugleich zeichnen sich zukünftige Herausforderungen durch den demografischen Wandel der Gesellschaft, Ganztagesschulen und Wehrdienstmodelle ab, welche in der Tendenz zu einer geringeren Verfügbarkeit junger Menschen führen werden.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Wie wollen Sie die bestehenden Rahmenbedingungen ändern, um die Jugendarbeit in den baden-württembergischen Feuerwehren weiter verbessern zu können?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Es ist eine gute Nachricht, dass die Anzahl an Kindern und Jugendlichen in den Jugendfeuerwehren in den letzten zehn Jahren um 10.000 angestiegen ist. Gerade in den Kinder- und Jugendfeuerwehren erlernen und erleben Kinder und Jugendliche wichtige Werte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt – weit über Bergen, Retten und Löschen hinaus!

Dabei nehmen wir gerade die Jugendverbände als wichtige, eigenständige Partner wahr, mit denen wir künftig noch mehr ins Gespräch kommen wollen. Die Fraktion GRÜNE lädt die Jugendverbände der Feuerwehr und der anderen Hilfsorganisationen inzwischen regelmäßig zum Blaulichtempfang der GRÜNEN Landtagsfraktion ein.

Generell wollen wir Kinder und Jugendliche noch besser in den politischen Meinungsfindungsprozess integrieren. Wir haben in Baden-Württemberg das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesenkt. Mit der Einbeziehung junger Menschen in Entscheidungen wollen wir erreichen, dass deren Perspektiven – wie etwa das angesprochene Spannungsverhältnis zwischen Ganztagesschule und Engagement – stärker in den Fokus gerückt wird und wir gemeinsam mit ihnen Lösungen erarbeiten können. ■

CDU

Wir werden darauf achten, dass die Jugendarbeit der Feuerwehren auch unter veränderten Bedingungen ihren festen und wichtigen Platz im gesellschaftlichen Leben unseres Landes hat und werden uns für attraktive Rahmenbedingungen einsetzen. Gerade durch die aktuellen Herausforderungen für unsere Sicherheit – seien es Krisen, Katastrophen oder hybride Kriegsführung – sind die Feuerwehr und unsere Blaulichtorganisationen wichtiger denn je. Entsprechend gilt es, den Nachwuchs sicherzustellen und das erfolgt im Wesentlichen durch die Jugendarbeit. Um dies weiter zu fördern, wollen wir etwa auch die Kooperation mit den Schulen vertiefen und Nachwuchskampagnen gezielt unterstützen. Zum Thema demografischer Wandel gehört natürlich auch der Blick auf die Älteren. Deshalb wollen wir die Altersgrenze für den freiwilligen Feuerwehrdienst anheben, um älteren Feuerwehrangehörigen, die fit sind und weitermachen wollen, dies auch zu ermöglichen. ■

SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Arbeit in den Jugendabteilungen ist essenziell für die Zukunft der Feuerwehren in unserem Land. Nur durch eine aktive und attraktive Jugendarbeit kann sichergestellt werden, dass es auch in Zukunft genügend ehrenamtliche Feuerwehrleute gibt, die die Sicherheit des Landes gewährleisten. Erfreulicherweise zeigen die Jugendfeuerwehren ansteigende Mitgliederzahlen.

Gleichzeitig zeichnen sich zukünftige Herausforderungen etwa durch den demografischen Wandel ab. Land und Gemeinden haben die Aufgabe, die Jugendarbeit zu fördern und so auszustatten, dass diese ihrer wertvollen Arbeit nachkommen kann. Die SPD macht sich hierfür stark, dass dies in enger Abstimmung mit dem Landesfeuerwehrverband und den Jugendfeuerwehren selbst erfolgen kann, um die Bedarfe vor Ort zu erfassen und passgenaue Lösungen zu entwickeln. Dabei gilt es insbesondere, die Rahmenbedingungen für Jugendarbeit stärker zu entlasten – etwa durch Förderungen von Führungskräften oder vereinfachten Abläufen und Unterstützungsangeboten.

AfD BW

Unserer Meinung nach hat man die Jugendarbeit in den Feuerwehren in den letzten Jahren stark verbessert. Neben Jugendfeuerwehren gibt es inzwischen auch in sehr vielen Kommunen Kinderfeuerwehren. Das Projekt mit den Kinderfeuerwehren halten wir für sehr sinnvoll und es sollte so weiter ausgebaut werden, da es einen frühen spielerischen Einblick in die Tätigkeiten der Feuerwehren gibt. Aber hierfür bedarf es auch ehrenamtlichen Personals, welches speziell für die Arbeit mit Kindern geschult werden sollte. Für solche Schulungen sollte das Land ausreichend Mittel zur Verfügung stellen.

Freie Demokraten FDP Landesverband Baden-Württemberg

Die Feuerwehr muss in die Schulen! Auch wenn dies Mehraufwand bedeutet, denn es ist nicht zu erwarten, dass sich die Entwicklung hin zu Ganztagsschulen umdreht. Daher ist es die Aufgabe der Politik und der Schulverwaltung, die Möglichkeiten am Nachmittag so zu gestalten, dass eine Öffnung für die Vereine und Ehrenamtsinstitutionen möglich wird.

4 Soziale Absicherung

Fast alle Menschen engagieren sich in den Feuerwehren rein ehrenamtlich. Deshalb setzt sich der Landesfeuerwehrverband engagiert dafür ein, diese Retter von anderen Menschen in Not bestmöglich sozial abzusichern, falls sie im Feuerwehreinsatz oder Übungsdienst selbst schwer verunglücken. Eine gute Basis bietet die Unfallfürsorge durch die UKBW und die VwV Ergänzung Unfallversicherung Feuerwehr. Handlungsbedarf besteht allerdings bei der Altersvorsorge für die Feuerwehrangehörigen, die oft über einen Zeitraum von 40, 50 oder sogar 60 Jahren eine staatliche Aufgabe im Ehrenamt erfüllen. Analog einer betrieblichen Altersversorgung für Arbeitnehmer könnte durch eine aus Landesmitteln geförderte Altersvorsorge für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige die Mitglieder-Gewinnung bzw. langfristige Mitglieder-Bindung zusätzlich unterstützt werden.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Wie stehen Sie zur Einführung einer zusätzlichen Rente für ehrenamtlich tätige Feuerwehrangehörige und entsprechende Zuschläge an Entgeltpunkten in der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. vergleichbare Zahlungen des Landes in entsprechende Versorgungssysteme?
- Handlungsbedarf besteht außerdem bei der Gesundheitsvorsorge, denn die Gesundheit ist das wichtigste „Kapital“ eines Feuerwehrangehörigen. Die Gesundheit der Feuerwehrangehörigen zu erhalten, ist eine landesweite Aufgabe. Welche nachhaltigen Maßnahmen könnten zur Erhaltung der Gesundheit der baden-württembergischen Feuerwehrangehörigen (z. B. Vorsorgekuren, Übernahme von präventiv ambulanten Physiomaßnahmen) initiiert werden?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Gerade im ehrenamtlichen Bereich ist die Gesundheitsförderung eine komplexe Aufgabe. Dass dieses Thema bei den Kommunen, dem Land, der Landesfeuerwehrschule, der Unfallkasse und den Einsatzkräften inzwischen einen großen Stellenwert einnimmt, unterstützen wir ausdrücklich. Gleichzeitig dürfen gut gemeinte Regelungen nicht zu einer überbordenden Bürokratisierung führen. Den jüngst eingebrachten Vorschlag, die gesetzliche Altersgrenze für den aktiven Feuerwehrdienst nur in Verbindung mit einer verpflichtenden zusätzlichen ärztlichen Untersuchung überschreiten zu können, haben wir unter anderem aus diesem Grund abgelehnt. Es gilt stets zwischen dem Mehrwehrt für die Aktiven und dem Mehraufwand für die Verwaltung abzuwägen. ■

CDU

Wenn sich jemand für das Gemeinwohl und das Land in besonderer Weise einsetzt, dann muss sich auch das Land um den Ehrenamtlichen kümmern. Folgerichtig sichert das Land die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen bei Unfällen im Feuerwehrdienst ab und engagiert sich in der Erholungsfürsorge. Inwieweit das ehrenamtliche Engagement bei der Feuerwehr auch bei der Rente berücksichtig werden kann, erfordert eine weitere Prüfung.

Die Feuerwehrangehörigen leisten einen oft schwierigen und mit gesundheitlichen Gefahren verbundenen Dienst. Es ist deshalb wichtig, dass das Land die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen bei Unfällen im Feuerwehrdienst absichert und sich in der Erholungsfürsorge engagiert. Gerne treten wir mit dem Landesfeuerwehrverband in den Dialog darüber, welche weiteren Maßnahmen für die Gesundheit der Feuerwehrangehörigen initiiert werden können. ■

Die gesetzliche Rente ist durch die Gesetzgebungskompetenz dem Bund zugewiesen, sodass unsere Handlungsspielräume im Land begrenzt sind. Allerdings ist klar, dass eine umfassende soziale Absicherung der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen – insbesondere bei Dienstunfällen bzw. gesundheitlichen Folgen aus dem Einsatz – in unserem Sozialstaat unabdingbar ist. Mit Blick auf die Gesundheitsvorsorge von Feuerwehrangehörigen gilt, dass Prävention an erster Stelle stehen muss. Maßnahmen wie Vorsorgekuren, die Übernahme von präventiven ambulanten Physiomaßnahmen oder auch psychosoziale Unterstützung können wichtige Instrumente zur Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit sein.

Ein eigener Versorgungsanspruch, gewonnen aus Ehrenamt, wäre ein starkes Zeichen und Belohnung für die jahrelange Arbeit. Diese Idee verfolgen wir bereits seit Jahren und bringen sie in entsprechenden Diskussionen immer vor.

In der Arbeits- und Ehrenamtswelt ist der Fokus auf das Gesundheitsmanagement zu Recht gestärkt worden. Auch bei der Feuerwehr steigt oft das Durchschnittsalter. Insofern ist ein vereinfachter Zugang zu Vorsorgeleistungen zu begrüßen, auch wenn das ggf. in der Wehr selbst effizienter organisiert werden kann.

Fragen der psychologischen Betreuung von Mitgliedern der Bevölkerungsschutzorganisationen nach herausfordernden Einsätzen könnte das Land nach unserem Dafürhalten mehr Aufmerksamkeit schenken.

Die flächendeckende Einsatzbereitschaft im Bereich der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes kann nur deshalb gewährleistet werden, weil sich Freiwillige engagieren und bereit sind, Entbehrungen hinzunehmen und sich und ihr Leben in Gefahr zu bringen, um andere zu retten. Würden sich nicht so viele ehrenamtliche Helfer für diese Dienste finden, hätte der Staat dies zu kompensieren oder die Folge wäre eine deutlich schlechtere Notfallversorgung, was einem zivilisatorischen Rückschritt gleichkommt. Eine Anerkennung dieser gesellschaftlichen Gemeinnützigkeit ist daher mehr als angebracht.

Das vorliegende Modell sieht daher den Erwerb von Pensionsansprüchen aus ehrenamtlich geleisteten Dienstzeiten im Rahmen der Tätigkeit für eine der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) vor. Berücksichtigt werden hierbei Einsatzzeiten, Übungsdienste, Ausbildungen und sonstige Zeiten, welche im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen. Errechnet wird die BOS-Pension anhand eines jährlich festzulegenden fiktiven Stundenentgelts. Die Retter bei Feuerwehren, THW und Rettungsdiensten erhalten somit nicht nur Respekt, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Anerkennung für ihre freiwillige Einsatzbereitschaft.

5 Die Feuerwehren zukunftsfähig machen

Das Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg ist zwar in den vergangenen Jahrzehnten regelmäßig fortgeschrieben worden, seine Grundzüge jedoch stammen noch aus dem Jahr 1956. Durch die Novellierung soll das Feuerwehrgesetz zeitgemäß und praxistauglich fortentwickelt werden. Es soll an die veränderten Lebenssituationen und Bedürfnisse der Feuerwehrdienstleistenden ebenso angepasst werden wie die Aufgaben der Feuerwehr an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst und konsolidiert werden müssen. Der Landesfeuerwehrverband hat „Zentrale Forderungen zur Novellierung des Feuerwehrgesetzes" herausgearbeitet, anhand derer die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden könnten.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Inwiefern unterstützen Sie die Anregung des Landesfeuerwehrverbandes, die Aufgaben der Feuerwehren laut Feuerwehrgesetz so anzupassen, dass das Ehrenamt nicht überfordert wird?
- Eine Forderung des Landesfeuerwehrverbandes an das Land ist es zudem, konkreter die Aus- und Fortbildung auf lokaler Ebene zu unterstützen, beispielsweise durch eine Lern-App, welche zeitgemäß die Grundausbildung ehrenamtlicher Feuerwehrleute unterstützt. Wie würden Sie die Entwicklung und Bereitstellung einer solchen Lern-App durch das Land unterstützen?
- An der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal sind die Ausbildungskapazitäten begrenzt, immer mehr Kapazitäten werden zur Ausbildung der hauptamtlichen Feuerwehrleute benötigt. Zahlreiche Lehrgänge müssen nicht unbedingt an der Landesfeuerwehrschule durchgeführt werden, sondern könnten auch dezentral und auf regionaler Ebene angeboten werden, zum Beispiel im Feuerwehrhotel Sankt Florian. Wäre es aus Ihrer Sicht vorstellbar, die Lehrgänge der Landesfeuerwehrschule dezentraler als bisher anzubieten?
- Durch die neue VwV Z-Feu hat das Land die Möglichkeit geschaffen, Fahrzeuge und Geräte über Rahmenverträge auszuschreiben – was Kostenvorteile bringt und das Ehrenamt entlastet. Inwiefern würden Sie dieses Instrument der Rahmenverträge forcieren und beispielsweise auch auf Feuerwehrbekleidung sowie den Bau von Feuerwehrhäusern ausdehnen?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

In der zu Ende gehenden Legislatur konnte die Grün-geführte Landesregierung mit der Novellierung des Rettungsdienstgesetzes und des Katastrophenschutzgesetzes zwei wichtige Säulen des Bevölkerungsschutzes auf eine moderne gesetzliche Grundlage stellen. Das Feuerwehrgesetz gilt es in der kommenden Legislatur ebenfalls neuzufassen, um damit auf geänderte Rahmenbedingungen und auf vielschichtigere Gefahrenpotentiale gleichermaßen zu reagieren.

Eine zeitgemäße Ausbildung ist dabei die Grundlage für die Arbeit der Feuerwehren. Dabei gilt es zukünftig noch mehr, Familie, Beruf und Engagement in der Feuerwehr in Einklang zu bringen. Gerade digitale Angebote kombiniert mit der praktischen Ausbildung auf dem Campus in Bruchsal können dabei unterstützen und gleichzeitig eine zeitgemäße Ausbildung sicherstellen. Gleichzeitig muss dafür aber die Landesfeuerwehrschule als Arbeitsplatz für die Ausbilder:innen attraktiv bleiben. Die Ausweitung der Feuerwehrzulage auf die Ausbilder:innen ist hier nur ein erster Schritt. ■

CDU

Für eine Novellierung des Feuerwehrgesetzes sind wir offen. Zwar gab es immer wieder Gesetzesänderungen, die letzte Neufassung liegt aber viele Jahre zurück. Vor diesem Hintergrund tauschen wir uns gern mit dem Landesfeuerwehrverband über Regelungsvorschläge aus. Klar ist natürlich, dass wir dabei darauf achten müssen, das Ehrenamt nicht zu überfordern. Wir stehen einer klareren Definition bzw. Neudefinition der Pflicht- und Kann-Aufgaben offen gegenüber.

Einer weitergehenden Unterstützung der Aus- und Fortbildung stehen wir offen gegenüber. Eine Modernisierung der Ausbildungsformate werden wir bedarfsgerecht vornehmen. Das Land könnte etwa bei der Entwicklung und Bereitstellung der Lern-App über das Innenministerium unterstützen. Eine landesweit einheitliche Plattform begrüßen wir.

Den Ausbau der Kapazitäten der Landesfeuerwehrschule sowie modernisierte Ausbildungsformate werden wir bedarfsgerecht angehen. Dezentrale Formate etwa im Feuerwehrhotel Sankt Florian können Teil einer Modernisierung der Ausbildung sein.

Die landeseinheitliche Fahrzeugbeschaffung ist ein Erfolgsmodell zur Entlastung der Kommunen, das wir ausbauen wollen. Wir wollen das Konzept einer landesweiten Sammelaus-

schreibung ausbauen und können uns Erweiterungen über Fahrzeuge hinaus vorstellen, um Verwaltung und Ehrenamt zu entlasten und Kosten zu reduzieren. Wir werden außerdem prüfen, wie wir den Bau von Feuerwehrhäusern landesseitig durch Standardisierung unterstützen können, etwa durch Musterpläne. Hessen könnte hierbei als Vorbild dienen. ■

SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Die SPD als politische Kraft unterstützt das Anliegen, das Ehrenamt in der Feuerwehr nicht zu überfordern. Gleichzeitig bringt das Ehrenamt auch Herausforderungen mit, für die die Ehrenamtlichen angemessen ausgebildet werden müssen. Den Ansatz, mit modernen Lern- und Fortbildungsformaten und dezentralen Angeboten zusätzliche Angebote zu schaffen, unterstützen wir von der SPD daher. Eine stärkere Regionalisierung von Lehrgängen könnte die Erreichbarkeit und die Etablierung einer Lern-App könnte die Effizienz erhöhen. Die Nutzung von Kostenvorteilen durch Rahmenverträge ist ein wichtiges Anliegen, bei dem geprüft werden muss, in welchen Bereichen sich entsprechende Vorteile realisieren lassen. ■

Freie Demokraten Landesverband Baden-Württemberg FDP

Der besondere Schutz des Ehrenamts, besonders in der Feuerwehr, muss unser aller Anliegen sein, sehen wir doch alle, dass unser Gemeinwesen an vielen Stellen immer mehr auf ehrenamtliches Engagement angewiesen ist – teilweise auch um lebensnotwendige Aufgaben zu erfüllen.

Wir stehen schon lange hinter dieser Forderung und würden uns für eine entsprechende Kostenübernahme durch das Land einsetzen. Die Notwendigkeit, die Nachfrage nach Aus- und Fortbildungen auch jenseits der Kapazitäten der Landesfeuerwehrschule bedienen zu können, zeigt sich – siehe auch nächste Frage – allenthalben.

Wir brauchen unbedingt Alternativen, um die „Weiterbildungsschlange“ in Bruchsal auflösen zu können, daher gerne auch dezentral.

Wir würden gerne zunächst die Erfahrungen mit dem Rahmenvertrag bei der Fahrzeugbeschaffung sammeln. Im Erfolgsfall ist eine Ausdehnung auch auf andere Bereiche gut denkbar, wobei die baulichen Anforderungen sicher einerseits die komplizierteste Ausgangslage, andererseits aber auch die größten Einsparpotentiale bieten. ■

AfD BW

Die Einsatzzahlen der Feuerwehren sind im Vergleich zu früher stark angestiegen. Dies liegt daran, dass die Feuerwehren vor allem in Bereichen der technischen Hilfeleistung immer häufiger alarmiert werden, die eigentlich nicht zu den Pflichtaufgaben einer Feuerwehr gehören, sondern von anderen Dienstleistern erledigt werden könnten. Beispielsweise die Ölspurbeseitung, das Auspumpen von Kellern mit nur sehr geringem Wasserstand oder die Bergung von Unfallfahrzeugen etc. Inzwischen machen solche Einsätze bei manchen Wehren einen Großteil ihrer Fälle aus und führen bei manchen Ehrenamtlichen zur Überforderung, wenn deshalb fast täglich eine Alarmierung stattfindet. Deshalb ist die Forderung des Landesfeuerwehrverbandes völlig richtig. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Eine Unterstützung mit einer Lern-App für den theoretischen Teil der Ausbildung, ähnlich wie bei einer Führerscheinprüfung, ist zeitgemäß und eine gute Unterstützung für die Grundausbildung, welche wir begrüßen. Jedoch darf auf den praktischen Teil der Ausbildung vor Ort weiterhin keinesfalls verzichtet werden.

Aufgrund der Überlastung der Landesfeuerwehrschule gibt es oft sehr lange Wartezeiten im Bereich der Ausbildungen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Deshalb könnte man z. B. im Bereich der Gruppenführerausbildung die Ausbildungen beispielsweise auf Ebene der vier Regierungspräsidien durchführen. Auch bei allen Freiwilligen Feuerwehren, die geeignete Räumlichkeiten dafür haben, ist das denkbar. Wichtig ist dann aber, dass die vor Ort entstehenden Kosten weiterhin vom Land übernommen werden. Außerdem würde man aufgrund einer Regionalisierung sicherlich auch mehr Personal im Bereich der Ausbilder gewinnen können.

Im Bereich von Feuerwehrbekleidung kann so eine Großausschreibung sicherlich von Vorteil sein, um Kosten einzusparen. Wichtig ist dabei dann aber, dass der Prozess sich nicht über zu lange Zeiträume zieht. Beim Bau von Feuerwehrhäusern sehen wir dies als sehr schwer umsetzbar an, da sich die baulichen Voraussetzungen, Gegebenheiten und auch Bedürfnisse jeder Wehr vor Ort in den einzelnen Kommunen stark unterscheiden. ■

6 Finanzierung des Feuerwehrwesens

Für die Sicherheitsarchitektur in unserem Hochtechnologieland Baden-Württemberg ist es essenziell wichtig, dass kontinuierlich und ausreichend auch in die Feuerwehr-Infrastruktur investiert wird. Derzeit erfolgt die finanzielle Förderung des Feuerwehrwesens sowie des Katastrophenschutzes durch die Feuerwehren auf Länderebene ausschließlich durch die zweckgebundene Feuerschutzsteuer.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Die Feuerschutzsteuer wird unbedingt und zwingend – ausschließlich und zweckgebunden – für das Feuerwehrwesen gebraucht, um die Städte und Gemeinden in schwierigen Zeiten finanziell zu unterstützen und um für strategisch bedeutsame Themen finanzielle Anreize bieten zu können. Wie stehen Sie zu dieser uneingeschränkten Zweckbindung der Feuerschutzsteuer?
- Unsere Feuerwehren sind die tragende Säule des Katastrophenschutzes, die Feuerwehren stehen verlässlich und stets als erste Einheit an der Einsatzstelle bereit und haben darüber hinaus vermutlich die größten Durchhaltefähigkeiten, um im Falle eines Falles stundenlang oder sogar über Tage hinweg helfen zu können. Ohne die Feuerwehren also kann es keinen funktionierenden Schutz der Bevölkerung geben – und dennoch gehen die Feuerwehren bei der Auszahlung von Mitteln aus dem Katastrophenschutz meist leer aus. Wie stehen Sie zur Forderung des Landesfeuerwehrverbandes, dass insbesondere unsere Gemeinden für ihre Feuerwehren auch von den finanziellen Töpfen für den Katastrophenschutz profitieren müssen?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

In Baden-Württemberg ist es bewährte Praxis, dass die Feuerschutzsteuer vollumfänglich für Zwecke des Feuerwehrwesens zur Verfügung steht. Damit hat das Land die Möglichkeit, die Gemeinden bei ihrer Aufgabe, eine leistungsfähige Feuerwehr vorzuhalten, passgenau zu unterstützen. Die modernisierte VwV Z-Feu ist damit das Werkzeug, diese Mittel effizient zu verteilen und zugleich einen echten Beitrag zur Entbürokratisierung zu leisten.

Darüber hinaus gibt das Land Baden-Württemberg den Löwenanteil des Sondervermögens für Infrastruktur an die Kommunen weiter. Das entlastet die Haushalte der Städte und Gemeinden erheblich und schafft die notwendigen Freiräume, Pflichtaufgaben wie der Feuerwehr auch über das zwingend Notwendige hinaus nachzukommen. ■

CDU

Wir wollen an der Zweckbindung der Feuerschutzsteuer festhalten.

Die Feuerwehren erhalten über die Feuerschutzsteuer eine eigenständige Finanzierung. Inwieweit die Finanzierung von Feuerwehr und Katastrophenschutz in Reaktion auf sich verändernde Bedingungen angepasst werden muss, gilt es immer wieder zu prüfen. ■

SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Feuerschutzsteuer ist eine wichtige Einnahmequelle für die Finanzierung des Feuerwehrwesens und wir machen uns dafür stark, dass sie auch weiterhin dafür genutzt wird. Hinsichtlich der Gelder für den Katastrophenschutz gilt, dass kein Zweck gegen den anderen ausgespielt werden sollte – denn auch im Falle einer Katastrophe sind wir auf die Funktionsfähigkeit der Feuerwehr angewiesen. Aus Sicht der SPD ist es daher zentral, dass die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden, um sowohl die Finanzierung der Feuerwehr wie auch die des Katastrophenschutzes im Übrigen sicherzustellen. ■

Freie Demokraten
Landesverband Baden-Württemberg FDP

Wir unterstützen dies nach wie vor, legen aber auch Wert darauf, dass nicht verausgabte Mittel entsprechend im Landeshaushalt für spätere Jahre zweckgebunden reserviert werden.

Die ganze Blaulichtfamilie leidet an einer Unterfinanzierung – wenn auch aus verschiedenen Gründen. Insofern wäre eine höhere Durchlässigkeit aller Finanzierungstöpfe ein sinnvolles Signal – aber wenn der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgedehnt wird, müssen auch die verfügbaren Mittel steigen.

AfD BW

Es ist schade, dass darüber überhaupt debattiert werden muss! Dies liegt wohl daran, dass die SPD in der Vergangenheit mehrere Millionen Euro aus der Feuerschutzsteuer dem allgemeinen Haushalt zugeführt hat. Große Teile der Steuer wurden in den vergangenen Jahren auch dazu verwendet, die Personalkosten der Landesfeuerwehrschule zu decken. Dieser Posten ist aber nicht für die Verwendung der Feuerschutzsteuer vorgesehen, sondern muss aus anderen Landesmitteln finanziert werden. Die Feuerschutzsteuer ist eine zweckgebundene Steuer, die über Versicherungen eingenommen wird. Deren Einnahmen dürfen ausschließlich dem Feuerwehrwesen zugutekommen. Zweckentfremdung jeder Art ist daher zu untersagen.

Es werden derzeit Milliarden in den Bereich der Bundeswehr investiert. Mindestens genauso wichtig ist es aber, dass man künftig im Bereich Katastrophenschutz besser aufgestellt ist. Die Freiwilligen Feuerwehren vor Ort sind hierfür die tragende Säule eines funktionierenden Katastrophenschutzes. Gerade bei immer klammeren Kassen der Gemeinden muss hier mehr finanzielle Unterstützung mit Mitteln für die Wehren vor Ort erfolgen. An den Feuerwehren vor Ort sollte als Allerletztes gespart werden.

7 Leitstellen

Den Integrierten Leitstellen kommt im Rahmen einer modernen Sicherheitsarchitektur für die nicht polizeiliche Gefahrenabwehr eine Schlüsselfunktion zu. Um eine effektive und reibungslose Gefahrenabwehr sicherstellen zu können, ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Projektpartner für die Integrierten Leitstellen von zentraler Bedeutung. Nur durch ein vertrauensvolles Miteinander und die enge Abstimmung zwischen den beteiligten Organisationen wie Feuerwehr und Rettungsdienst, können Synergien genutzt und schnelle, koordinierte Entscheidungen im Einsatzfall getroffen werden.

Die aktuelle Leitstellenstruktur ist sehr heterogen geprägt. Sie muss in Bezug auf die räumlichen Zuständigkeiten, die Anzahl der Leitstellen, einer einheitlichen Trägerschaft, gleichartiger Aufgabenbereiche und technischer Standards – unter Einbeziehung von redundanten Systemen sowie einer auskömmlichen und bedarfsorientierten Finanzierung – neu definiert werden.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Wie soll zukünftig eine landesweit einheitliche Leitstellenstruktur aussehen?
- Unter welcher Trägerschaft sollen die Leitstellen künftig betrieben und finanziert werden?
- Sollte dies in einem Leitstellengesetz geregelt werden?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Integrierten Leitstellen sind sowohl für die notfallmedizinische Versorgung als auch für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr entscheidend. Beide Aufgaben erfordern robuste Strukturen. Dafür sind eine enge Vernetzung, größere Zuständigkeitsbereiche und digitale Schnittstellen etwa zu Krankenhäusern, dem ärztlichen Bereitschaftsdienst, den Führungs- und Lagezentren der Polizei oder anderen Akteuren für uns essentiell.

Die Leitstellen sind ein zentraler Baustein in der Sicherheitsarchitektur des Landes. Daher ist es für uns wichtig, dass diese künftig klarer in staatlicher Hand liegen, zugleich aber auch weiter medizinische Fachkräfte in den Leitstellen tätig sind. ■

SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Aus der Sichtweise der SPD spielen die Integrierten Leitstellen eine Schlüsselrolle in einer modernen Sicherheitsarchitektur für die nicht polizeiliche Gefahrenabwehr. Eine landesweit einheitliche Leitstellenstruktur ist wichtig für Effizienz und Qualität. Es ist besonders bedeutsam, dass die Zusammenarbeit aller beteiligten Organisationen – Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz – partnerschaftlich und koordiniert erfolgt. Bei der Frage der Trägerschaft strebt die SPD an, mit allen Beteiligten gemeinsam in enger Abstimmung eine tragfähige Lösung zu entwickeln. ■

CDU

Auf die drei vorgenannten Fragen können wir gemeinsam antworten, dass eine neue Leitstellenkonzeption kommen muss. Dabei wollen wir Struktur und Organisation neu ordnen. Technik und Software wollen wir vereinheitlichen und vernetzen. Eine Novellierung des Leitstellengesetzes ist dabei unabdingbar. ■

Freie Demokraten
Landesverband Baden-Württemberg FDP

Leitstellen können mehr, als die heutigen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg zulassen. In Verbindung mit konsequenter und über die beteiligten Institutionen hinweg kompatibler Digitalisierung zeigt beispielsweise unser Nachbarland Österreich, was alles möglich ist. Derzeit befinden wir uns noch im fachlichen Austausch hinsichtlich der machbaren und sinnvollen Ausgestaltung des Leitstellennetzes, doch sehen wir einiges Potential für Weiterentwicklungen.

Diese Frage steht nicht nur im Spannungsfeld zwischen der Praktikabilität der derzeitigen Lösung und gelegentlichen Klagen über vereinzelt mögliche Interessenkonflikte, sondern ist auch grundsätzlich im Lichte der Sinnhaftigkeit einer Zusammenlegung von Feuerwehr- und medizinischer Leitstelle zu sehen. Welche Lösung hierbei vorzugswürdig ist, kann aber sinnvollerweise nur im Einvernehmen der Beteiligten geklärt werden, denn die Aufgabe der Politik kann in diesem Fall einzig in der Umsetzung der fachlich besten Lösung für einen effektiven Bevölkerungsschutz bestehen.

Das neue Leitstellengesetz wurde für die laufende Legislaturperiode versprochen. Leider ist seither viel Zeit verstrichen. Stand heute – November 2025 – soll das Gesetz wohl noch kommen. Wir begrüßen und unterstützen dies, werden den Entwurf aber selbstverständlich kritisch prüfen und uns im Zweifelsfall nicht zu einer überstürzten Verabschiedung drängen lassen, wenn das neue Gesetz den sachlichen Anforderungen nicht genügen sollte.

AfD BW

Eine landesweit einheitliche Leitstellenstruktur sollte durch einheitliche Technik und Software sowie vernetzte Systeme übergreifend zusammenarbeiten. Durch die Vernetzung können Leitstellenfunktionen bei Bedarf an einen anderen Standort verlagert werden, um Ausfallsicherheit zu gewährleisten. Die Technik muss angemessen ausfallsicher gestaltet werden, einschließlich eines Notbetriebs vor Ort.

Bei einer landesweit einheitlichen Trägerschaft der Leitstellen sollten diese auch künftig vom Land betrieben und finanziert werden.

Um die Änderung schrittweise einzuführen, sollte man dies auch im Leitstellengesetz mit einer Frist, bis wann dies zu erfolgen hat, so festlegen und regeln.

8 Bürokratieabbau und zentrale Verwaltungsplattform

Ein zentraler Aspekt für die Zukunftsfähigkeit der Feuerwehren ist die konsequente Entbürokratisierung und Deregulierung. Die kontinuierlich zunehmende Bürokratie bindet wertvolle Ressourcen und erschwert die ehrenamtliche Arbeit unnötig. Es gilt daher, Verwaltungsprozesse zu verschlanken und überflüssige Regelungen abzubauen, um den Fokus wieder stärker auf die originären Aufgaben der Gefahrenabwehr zu legen.

Einen wesentlichen Baustein, um dieses Ziel wahr werden zu lassen, sehen wir in der Etablierung einer landesweiten Verwaltungsplattform. Durch die Etablierung dieser Plattform, die durch das Land zur Verfügung gestellt und finanziert werden müsste, könnten die Datensätze auf der kommunalen Ebene einheitlich erfasst sowie für Lehrgangsanmeldungen, Ehrungen und statistische Auswertungen auf Kreis- und Landesebene aggregiert und genutzt werden. Zudem würden anhand dieser landesweiten Verwaltungsplattform erstmalig tatsächliche Personaldaten offenkundig und Doppelmitgliedschaften in den Feuerwehren sowie zu anderen BOS offensichtlich werden – und man hätte die Möglichkeit, die im Ernstfall tatsächlich zu verfügenden Personalzahlen konkret zu ermitteln.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Wie stehen Sie zu dem Vorschlag des Landesfeuerwehrverbandes, eine zentrale und landesweit einheitliche Verwaltungsplattform für alle Feuerwehren in Baden-Württemberg einzuführen?
- Inwiefern würden Sie die Initiative des Landesfeuerwehrverbandes unterstützen, um unnötige Bürokratie im Feuerwehrwesen zu ermitteln und Ansatzpunkte zum Bürokratieabbau zu entwickeln?
- Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie insbesondere die Führungsebene der Feuerwehren durch Bürokratieabbau entlasten?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Bürokratieabbau beginnt damit, der Verwaltung und den handelnden Akteur:innen Spielräume zu eröffnen. Pragmatische Lösungen können einfacher dort gefunden werden, wo die notwendigen Prozesse bearbeitet werden. Dabei sollte der Gesetzgeber Spielräume eröffnen, aber nicht enge Vorgaben machen. Daher vertrauen wir hier auf die gute Zusammenarbeit zwischen Landesfeuerwehrverband, Innenministerium und kommunalen Spitzenverbänden und greifen gemeinsame Vorschläge aus der Praxis dann gerne auf. ■

CDU

Zu den drei vorgenannten Fragen: Dem Vorschlag einer zentralen und landesweit einheitlichen Verwaltungsplattform stehen wir offen gegenüber. Aus unserer Sicht könnte die Entwicklung und Umsetzung einer solchen Verwaltungsplattform im Rahmen einer Staatsmodernisierungsagenda geprüft und angegangen werden. Denn es ist unser erklärtes Ziel, das Ehrenamt spürbar von Bürokratie zu entlasten. Dazu wollen wir etwa auch vereinfachte und digitale Antrags- und Abrechnungsverfahren sowie möglichst pauschale Entschädigungen ermöglichen. Wie oben ausgeführt, wollen wir außerdem landesweite Sammelausschreiben weiter forcieren. ■

Eine zentrale Verwaltungsplattform könnte ein wichtiges Instrument zur Entbürokratisierung und Rationalisierung sein. Generell gilt bei der Digitalisierung, dass wir als SPD dafür plädieren, zunächst zu prüfen, wie Prozesse verbessert werden können, und anschließend einheitliche Lösungen für das ganze Land zu finden – denn Insellösungen bringen uns nicht weiter.

Aus der Perspektive der SPD ist ein kontinuierlicher und systematischer Abbau überflüssiger Bürokratie wichtig und notwendig. Dabei gilt es stets berechtigte Interessen und hochwertige Schutzgüter zu wahren, aber auf der anderen Seite auch den notwendigen Freiraum für rasche und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu eröffnen.

Die Führungsebenen der Feuerwehren tragen eine große Verantwortung und sind oft mit administrativen Aufgaben belastet. Die SPD tritt dafür ein, dass konkrete Maßnahmen gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband entwickelt werden, um hier Entlastungen zu erreichen. Dies könnte beispielsweise durch automatisierte Abläufe, digitale Schnittstellen, standardisierte Melde- und Dokumentationssysteme sowie Fortbildungsangebote zur Nutzung digitaler Tools geschehen.

Eine landesweit einheitliche Verwaltungsplattform ist längst überfällig! Davon würde nicht nur die kommunale Ebene profitieren, sondern auch das Land selbst, da die Daten dann endlich zusammenlaufen würden und landesweit schnell zur Verfügung stünden.

Die AfD steht für einen Bürokratieabbau in allen Bereichen, auch bei den Feuerwehren! Ziel muss es sein, die Verwaltungsprozesse zu verschlanken und überflüssige bürokratische Regelungen und Dokumentationspflichten abzubauen.

Durch Digitalisierung mit moderner Software für z. B. die Einsatzführung und Gerätedokumentation werden Abläufe optimiert und der manuelle Dokumentationsaufwand reduziert. Die Umstellung auf digitale Aktenführung und Dokumentation, beispielsweise für Prüfungen, Wartungen und Personalverwaltung, ersetzt papierbasierte Prozesse. Außerdem möchten wir gezielte Fortbildungen für Führungskräfte im Bereich Digitalisierung, um die Potentiale neuer Technologien besser nutzen zu können. Zudem eine klare Definition der Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Feuerwehr und Baurechtsbehörden, insbesondere bei Stellungnahmen zu Sonderbauten und Brandschutz, um Doppelarbeit zu vermeiden.

Die Vorteile einer zentralen Verwaltungsplattform liegen für uns auf der Hand. Wir unterstützen daher diesen Weg. Viele Menschen engagieren sich in mehreren Hilfsorganisationen gleichzeitig, doch im Ernstfall stehen sie uns dennoch nur als eine einzelne Einsatzkraft zur Verfügung – deshalb müssen wir wissen, wie viele tatsächliche Köpfe im Notfall einsatzbereit sind.

Die FDP steht für Bürokratieabbau, insofern stehen wir hier voll dahinter.

Beschaffungen sollten, wo dienlich, durch Rahmenverträge vereinfacht werden. Durch den Abbau von Bürokratie (bspw. Vereinfachung von Dokumentationspflichten) und den Ausbau der Digitalisierung wird weniger Zeit für Unnötiges verwendet werden müssen.

9 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Die Krisen und Katastrophen vergangener Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, welche große und bedeutende Aufgabe einem gut funktionierenden Katastrophenschutz zukommt. Aber auch die aktuellen kriegerischen Handlungen stellen den Zivilschutz wieder in den Vordergrund.
Insbesondere in den planerischen Aufgabenbereichen wurden in den letzten Jahrzehnten die personellen Strukturen sowohl auf Landesebene als auch in den Stadt- und Landkreisen dramatisch zurückgefahren. Um die Resilienz der Städte und Gemeinden zu erhalten, braucht es einen leistungsfähigen Bevölkerungsschutz.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen, auch personell, nachhaltig zu stärken?
- Wie kann die Kompetenz der Organisationen im Bevölkerungsschutz im Bereich der Führung und Gefahrenabwehr im Land Baden-Württemberg künftig bei den verschiedensten Herausforderungen konsequenter genutzt werden?
- Ist die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle für Großschadenslagen vorgesehen? Beispielsweise ein Landesamt für Bevölkerungsschutz? Wie hebt sich Ihre Vorstellung vom Status quo ab?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Gerade im Katastrophenschutz werden die Schadenslagen künftig noch komplexer werden. Vielfältige Abhängigkeiten innerhalb kritischer Infrastruktur oder zwischen digitaler und realer Welt, dazu die Folgen des menschengemachten Klimawandels, sind heute allgegenwärtig. Darauf muss der Katastrophenschutz angepasst reagieren können. Basis dafür ist die Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren, den Hilfsorganisationen, dem Bund mit dem Technischen Hilfswerk und anderen Akteuren und das Zusammenwirken ihrer speziellen Fähigkeiten.

In der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wurden unter Einbindung externer Fachkompetenz Handlungsempfehlungen erarbeitet. Einige davon wurden in der laufenden Legislatur schon umgesetzt, zuletzt auch im neuen Katastrophenschutzgesetz. Die Ergebnisse der Enquete gilt es aber auch in der kommenden Legislatur weiter zu beachten.

Unter den Handlungsempfehlungen finden sich auch vielfältige zur besseren Koordination im Bevölkerungsschutz. Die Enquete kommt aber zum Ergebnis, an der bestehenden, vielfach bewährten Verwaltungsstruktur festzuhalten und diese zu stärken. Die Schaffung neuer Ämter ist dafür nicht notwendig. ■

CDU

Auf die drei vorgenannten Fragen können wir wie folgt gemeinsam antworten: In Reaktion und in Vorbereitung auf Krisen, Katastrophen und hybride Kriegsführung müssen wir den Bevölkerungsschutz stärken. Wir werden dafür z. B. die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz samt operativer Einsatzzentrale prüfen. Und auch darüber hinaus gilt es, die landesweite Kommunikation und Koordination aller Akteure unter Nutzung neuester Technik weiter zu verbessern. Wir wollen in Abstimmung mit den Kommunen die Krisenpläne angehen. Wir wollen weiter regelmäßige Katastrophenschutzübungen auch mit unseren europäischen Nachbarn forcieren. Es gilt außerdem, den Fahrzeugbestand im Katastrophenschutz zu modernisieren und die Warninfrastruktur auszubauen. Um die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu erhöhen, wollen wir die Bevölkerung krisenfester und verteidigungsbereiter machen. Dazu gehört ein Mentalitätswandel, der das Krisenbewusstsein der Bevölkerung stärkt. Im Rahmen des Zivilschutzes wollen wir den Selbstschutz der Bevölkerung noch stärker in den Fokus rücken. Der Staat soll die Bevölkerung durch gezielte Information für Sicherheitsrisiken – etwa durch hybride Kriegsführung, Desinformationskampagnen und gezielte Cyberattacken oder Cyberspionage auf Unternehmen und Bürger – und für Maßnahmen zum Selbstschutz sensibilisieren. ■

SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Aus der Sicht der SPD sehen wir die personelle und strukturelle Stärkung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes als zentrale Aufgabe an – die aktuellen Krisen zeigen eindrücklich, wie wichtig eine funktionierende und gut ausgestattete Einsatzinfrastruktur ist. Die Organisationen im Bevölkerungsschutz – insbesondere die Feuerwehren – verfügen über große Erfahrung und Kompetenz in der Führung und Gefahrenabwehr. Diese Kompetenz sollte landesweit bei verschiedenen Herausforderungen konsequenter genutzt werden. Wir als SPD fordern insbesondere mit Blick auf die Ergebnisse der Enquete „Krisenfeste Gesellschaft" die Einrichtung eines Landesamts für Brand- und Katastrophenschutz. Das neue Landesamt soll eine Bündelungs-, Steuerungs- und Verteilfunktion zwischen den verschiedenen Ebenen wahrnehmen. Es sollte im Ernstfall auch schnell erkennen, wann Katastrophenalarm ausgelöst werden muss, und damit einen effizienten Katastrophenschutz ermöglichen.

Freie Demokraten
Landesverband Baden-Württemberg FDP

Die grundlegenden Rahmenbedingungen wurden bereits benannt: einheitliche Regeln für die Helferfreistellung und spürbare Anerkennung für ehrenamtliche Bevölkerungsschutzarbeit.

Betrachten wir aber die Großlagen des Katastrophen- und Zivilschutzes, kommen zwei weitere Aspekte hinzu, die in die Breite der Bevölkerung wirken: Zum einen ist dies eine sichtbare Reaktivierung der Bevölkerungsschutzinfrastruktur, die zuallererst natürlich ihre originäre Schutzfunktion erfüllen soll, dabei aber gleichzeitig auch das Thema präsent halten.

Zum anderen gilt es, den organisierten Bevölkerungsschutz gerade bei Großschadenslagen zu entlasten, indem die derzeit ausbaufähige Selbstschutz-, Selbsthilfe- und Durchhaltefähigkeit der Bevölkerung durch konsequente Aufklärung und früh ansetzende Bildungsarbeit wiederhergestellt wird. Nicht zu unterschätzen ist aber auch, dass der Eigenschutz der Einsatzkräfte auch die Sicherheit ihrer Angehörigen einschließen muss, damit sie rasch und mit vollen Kräften ihren Dienst an der Allgemeinheit ausfüllen können.

Besonders wichtig wird im Ernstfall sein, dass Kompetenzen nicht nur in den einzelnen Organisationen vorhanden sind, sondern die Zusammenarbeit von Feuerwehr, Rettungsdiensten, THW und Spezialorganisationen sowie hauptamtlichen Bevölkerungsschützern aus Berufs- oder Werkfeuerwehren sowie ggf. sogar privaten Akteuren eingespielt funktioniert. Entsprechende gemeinsame Übungen als Grundlage dieses Zusammenspiels begrüßen und unterstützen wir. Unumgänglich sind auch redundante Kommunikationsmöglichkeiten, die die Erkenntnis- und die Befehlskette auch in schwierigen Lagen aufrechterhalten. Darüber hinaus erscheint uns die organisierte Einbindung qualifizierter Spontanhelfer im Katastrophenfall wichtig.

Zunächst einmal darf sich die landesseitige Befassung mit Fragen des Bevölkerungs- und insbesondere Katastrophenschutzes nicht in organisierter Abwälzung von Verantwortung erschöpfen. Statt Desinteresse an konkreten Sicherheitsplanungen müssen Erkenntnisse über Pläne von Kommunen und Betreibern Kritischer Infrastrukturen, materielle Kapazitäten und verfügbare Einsatzkräfte zentral vorhanden und so mit der Einsatzleitung teilbar sein.

Im Ernstfall, wenn ansonsten in allen Kreisen gleichgelagerte Aufgaben anfallen würden, sollen diese organisiert und für alle zentral übernommen werden.

AfD BW

Die nachhaltige Stärkung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes erfordert einen umfassenden Ansatz auf allen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen), der insbesondere die personelle Austattung, die Ausbildung und die gesellschaftliche Resilienz in den Fokus rückt. Gezielte Maßnahmen sind notwendig, um die Motivation hochzuhalten und neue Freiwillige zu gewinnen.

Gesetzliche Regelungen oder Anreize für Arbeitgeber, um die Freistellung von Einsatzkräften zu erleichtern, wären hier eine sinnvolle Methode. Sicherstellung einer angemessenen Entschädigung und moderne Ausstattung, um Personal zu gewinnen und langfristig zu binden.

Die Einrichtung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums von Land und Hilfsorganisationen mit einer operativen Einsatzzentrale halten wir für sinnvoll. So kann man vorhandenes Wissen bündeln und die Abstimmung verbessern. Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal hat gezeigt, dass in diesen Bereichen dringend Handlungsbedarf besteht.

Ja, wir halten ein Kompetenzzentrum für den Katastrophenschutz für sinnvoll. Dies sollte aber in jedem Bundesland eingeführt werden, um sich bei Großschadenslagen bestmöglich auch länderübergreifend unterstützen zu können.

10 Den Landesfeuerwehrverband als Interessenvertretung und Dienstleister stärken

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg ist Interessenvertretung und Dienstleister für die zu 97 % rein ehrenamtlich engagierten Feuerwehrangehörigen. Seine Bedeutung und sein Aufgabenspektrum werden in den kommenden Jahren aufgrund des demografischen und des gesellschaftlichen Wandels weiter zunehmen.

Der Landesfeuerwehrverband berät den Innenminister in Fragen des Feuerwehrwesens. Zu den Aufgaben des Landesfeuerwehrverbandes gehört es zudem, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit allen Stellen in Baden-Württemberg zu pflegen, die insbesondere verantwortlich sind für das Feuerwehrwesen, Umweltschutz, Katastrophen- und zivilen Bevölkerungsschutz. Der Landesfeuerwehrverband bietet an, Aufgaben des Landes rund um das Feuerwehrwesen verbindlich zu übernehmen. Beispielsweise rund um die Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung, also die Sensibilisierung sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung der verschiedenen Bevölkerungsschichten rund um die Themen des vorbeugenden Brandschutzes sowie deren Stärkung der Selbsthilfefähigkeit – wie es in anderen Bundesländern längst gehandhabt wird.

Unsere Fragen zu diesem Themenkomplex:

- Welchen Stellenwert hat die Arbeit des Feuerwehrverbandes für Sie auf Landesebene?
- Könnten Sie sich die Übertragung zusätzlicher Aufgabengebiete auf den Landesfeuerwehrverband vorstellen?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, um den Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg als DIE Interessenvertretung der Feuerwehren zu unterstützen und finanziell deutlich stärker als bisher zu fördern?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Als GRÜNE Landtagsfraktion war und ist uns der Landesfeuerwehrverband immer ein vertrauensvoller und kompetenter Ansprechpartner für Belange des Feuerwehrwesens gewesen. Neben seiner Fachkompetenz haben wir seine Unabhängigkeit als eine Stärke wahrgenommen. Wir freuen uns darauf, den fachlichen Austausch auch in der nächsten Legislatur fortführen zu können. ■

CDU

Der Landesfeuerwehrverband ist für uns der erste Ansprechpartner, wenn es um die Belange und Bedarfe der Feuerwehren geht. Damit ist der Verband für uns wichtiger Gesprächspartner, dessen ausgewiesene Expertise wir sehr schätzen und in unsere Überlegungen stets einbeziehen. Gerne prüfen wir im Austausch mit dem Landesfeuerwehrverband, wie eine weitergehende Heranziehung des Landesfeuerwehrverbands und entsprechende Unterstützung sinnvoll und möglich ist. ■

SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir als sozialdemokratische Partei messen der Arbeit des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg als Interessenvertretung und Dienstleister für die ehrenamtlichen Feuerwehren einen hohen Stellenwert bei. Die Einbringung des praxisbezogenen Fachwissens zur Lösung von Problemen und zur Erarbeitung von Strategien zur Bewältigung künftiger Herausforderungen wird auch in Zukunft weiterhin wichtig sein. Diese wichtige Arbeit des Landesfeuerwehrverbands muss auch künftig sichergestellt werden.

Freie Demokraten
Landesverband Baden-Württemberg **FDP**

Der Landesverband übernimmt die absolut notwendige, angesichts der Vielzahl von Wehren auch aufwändige Koordinierungsarbeit und fasst die Interessen gegenüber der Landespolitik sinnvoll zusammen.

Aufgrund der absehbaren personellen Unterdeckung der Verwaltung stehen wir einer Aufgabenverlagerung auf interessierte Private immer positiv gegenüber, auch ohne hier gleich ein riesiges Pflichtenheft mitzuliefern.

Die Einnahmelage des Landes ist so unsicher wie lange nicht. Daher sind wir einerseits grundsätzlich positiv zu einer aufgabengerechten Finanzausstattung des Verbands, andererseits aber auch bereit, bei einer verbesserten Gesamtlage auch mehr zu tun.

AfD BW

Die Arbeit des Feuerwehrverbandes hat für uns auf Landesebene einen sehr hohen Stellenwert. Er fungiert als wichtigster Interessenvertreter und Mittler zwischen den Feuerwehren des Landes und der Politik, den Landesbehörden sowie anderen relevanten Akteuren. Gerade die Stellungnahmen der Anhörungen des Landesfeuerwehrverbandes bei angestrebten Änderungen im Landtag bei Feuerwehrthemen sind immer sehr hilfreich und können so auch meistens gezielt umgesetzt werden.

Der Landesfeuerwehrverband könnte über seine bisherigen Aufgaben der Interessenvertretung und Unterstützung hinaus zusätzliche, stärker operativ oder koordinierend ausgerichtete Aufgabegebiete übernehmen, um die Feuerwehren und die Landesebene weiter zu entlasten und die Effizienz zu steigern. Dies muss jedoch im Vorfeld ausführlich mit dem Landesfeuerwehrverband diskutiert werden, ob dies sinnvoll und gewünscht ist oder nicht.

Eine subtanzielle Erhöhung der jährlichen Zuwendung aus dem Landeshaushalt, nicht nur aus der Feuerschutzsteuer, würde es dem Verband ermöglichen, mehr hauptamtliches Personal einzustellen und seine Infrastruktur zu modernisieren, um die wachsende Komplexität der Aufgaben zu bewältigen. Zusätzliche zweckgebundene Mittel für spezifische Aufgaben wie Organisation und Durchführung zentraler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Fachtagungen oder die Initiierung von landesweiten Imagekampagnen zur Ehrenamtsgewinnung.

Hinweis

Einige Parteien konnten aufgrund des frühen Redaktionsschlusses der brandhilfe lediglich vorläufige Antworten geben. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung waren ihre Wahlprogramme noch nicht final beschlossen.